

(12) NACH DEM VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS (PCT) VERÖFFENTLICHTE INTERNATIONALE ANMELDUNG

(19) Weltorganisation für geistiges Eigentum Internationales Büro



(43) Internationales Veröffentlichungsdatum 1. Juli 2004 (01.07.2004)

(10) Internationale Veröffentlichungsnummer WO 2004/054862 A1

- (51) Internationale Patentklassifikation7: 13/74, 7/10
- B60T 8/00.
- (72) Erfinder; und

- (21) Internationales Aktenzeichen:
- PCT/EP2003/013528
- (22) Internationales Anmeldedatum:
 - 2. Dezember 2003 (02.12.2003)
- (25) Einreichungssprache:

Deutsch

(26) Veröffentlichungssprache:

Deutsch

- (30) Angaben zur Priorität: 102 58 647.0 13. Dezember 2002 (13.12.2002) DE
- (71) Anmelder (für alle Bestimmungsstaaten mit Ausnahme von US): CONTINENTAL TEVES AG & CO. OHG [DE/DE]; Guerickestrasse 7, 60488 Frankfurt/Main (DE).

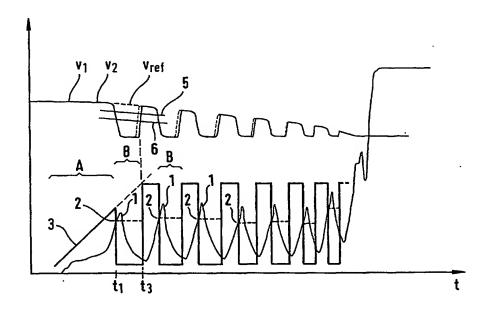
- (75) Erfinder/Anmelder (nur für US): GIERS, Bernhard [DE/DE]; Kaiser Sigmund Strasse 60, 60320 Frankfurt (DE). KLUSEMANN, Rainer [DE/DE]; Sonnenweg 109, 60529 Frankfurt/Main (DE). PRÖGER, Thomas [DE/DE]; Schweriner Str. 28, 63322 Rödermark (DE).
- (74) Gemeinsamer Vertreter: CONTINENTAL TEVES AG & CO. OHG; Guerickestrasse 7, 60488 Frankfurt/Main
- (81) Bestimmungsstaaten (national): DE, JP, US.
- (84) Bestimmungsstaaten (regional): europäisches Patent (AT, BE, BG, CH, CY, CZ, DE, DK, EE, ES, FI, FR, GB, GR, IE, IT, LU, MC, NL, PT, SE, SK, TR).

Veröffentlicht:

mit internationalem Recherchenbericht

[Fortsetzung auf der nächsten Seite]

- (54) Title: ADAPTIVE BRAKING MOMENT CONTROL METHOD
- (54) Bezeichnung: VERFAHREN FÜR EINE ADAPTIVE BREMSMOMENTREGELUNG



(57) Abstract: The invention relates to a method for actuating an electrically actuatable parking-brake system. The invention provides that when the vehicle is traveling at a vehicle speed exceeding a predetermined minimum speed, the braking moment on the braked wheels is reduced in order to prevent the wheels braked by the parking-brake from locking up.



vor Ablauf der f\(\textit{u}\)r \(\textit{Anderungen der Anspr\(\text{u}\)che geltenden
 Frist; Ver\(\text{o}\)ffentlichung wird wiederholt, falls \(\text{Anderungen eintreffen}\)

Zur Erklärung der Zweibuchstaben-Codes und der anderen Abkürzungen wird auf die Erklärungen ("Guidance Notes on Codes and Abbreviations") am Anfang jeder regulären Ausgabe der PCT-Gazette verwiesen.

Verfahren für eine adaptive Bremsmomentregelung

Die Erfindung betrifft ein Verfahren gemäß Oberbegriff von Anspruch 1 sowie eine Feststellbremse gemäß Oberbegriff von Anspruch 10.

Heute übliche Kraftfahrzeugbremsanlagen haben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen im wesentlichen drei Funktionen zu erfüllen, nämlich Betriebs-, Feststell- und Hilfs-/Notbremsfunktion. Dazu weisen die bekannten Bremssysteme in der Regel zwei voneinander unabhängige Bremsanlagen auf. Die Betriebsbremse wird im häufigsten Fall durch Betätigung eines Bremspedals aktiviert und weist bereits vielfach elektrohydraulische Hilfsmittel auf, welche beispielsweise das Blokkieren der Fahrzeugräder verhindern. Des weiteren besitzen heutige Kraftfahrzeuge eine weitere, vollkommen unabhängige Feststellbremsanlage, welche vielfach durch einen Handbremshebel mit einem Seilzug, welcher mechanisch auf die Bremsaktuatoren der Hinterachse zuspannend einwirkt, betätigt wird. Die Feststellbremsanlage soll dabei auch während der Fahrt funktionsfähig sein, damit bei einem Defekt der Betriebsmittelbremse das Fahrzeug noch zum Stillstand gebracht werden kann.

Aus der DE-A-195 16 639 ist eine Betriebs- und Feststellbremsanlage für Kraftfahrzeuge bekannt, bei der unabhängige Betätigungseinrichtungen zur Betätigung der entsprechenden Bremse vorgesehen sind. Die Bremsanlage umfasst ein mit Fremdenergie gespeistes Druckaufbaumittel, mit dem die Reibungsbremse der Feststellbremsanlage betätigt werden kann. Obwohl die Betätigungseinrichtung ein Element einer Fahrdynamikregelungseinrichtung (ESP) sein kann, ist für die Feststellbremsanlage keine Antiblockierfunktion vorgesehen.

Auch aus der WO 99/38738 ist ein Kraftfahrzeugbremssystem mit einer Betriebsbremse und einer elektrisch steuerbaren

Feststellbremse bekannt, wobei die dosierbare Betriebsbremsanlage mit ABS-, ASR- und ESP-Funktion ausgestattet ist. Die Feststellbremsanlage ist so ausgelegt, dass bei Betätigung der Feststellbremsanlage bei Fahrgeschwindigkeiten von $v\neq 0$ die Betriebsbremse angesteuert wird. Erst bei Fahrgeschwindigkeiten $v\approx 0$ wird die Feststellbremse zugespannt. Auch bei dieser bekannten elektronischen Feststellbremse ist keine Antiblockierfunktion für die Feststellbremse vorgesehen.

Aus der DE-A-199 08 062 geht eine Feststellbremsanlage für Kraftfahrzeuge hervor, bei der die elektronische Feststell-bremse oberhalb einer festgelegten Fahrgeschwindigkeit gesperrt wird. Eine Sperrung ist erforderlich, damit das Kraftfahrzeug bei einem Zuspannen der Aktuatoren der Feststellbremse nicht durch Blockieren der Hinterräder in einen unkontrollierten Fahrzustand gerät.

Die vorliegende Erfindung setzt sich zum Ziel, eine elektrisch ansteuerbare Feststellbremsanlage zu schaffen, welche auch bei Fahrgeschwindigkeiten $v \neq 0$ betriebssicher ist.

Diese Aufgabe wird gelöst durch das Verfahren gemäß Anspruch 1 und die Feststellbremse gemäß Anspruch 10.

Grundgedanke der Erfindung ist es, während einer Antiblokkierregelung mit einem möglichst einfach gehaltenen Verfahren einen für eine hohe Bremswirkung günstigen Arbeitspunkt auf der μ -Schlupf Kurve zu finden.

Der Zweck des Verfahrens ist eine Vermeidung eines zu hohen Bremsmomentes um ein Blockieren der Räder bei einer dynamischen Abbremsung zu verhindern. Bevorzugt wird zur Berechnung eines neuen Sollwertes eine Bewertung des maximalen Radschlupfverhaltens in einer vorhergehenden instabilen Phase (Release-Phase) vorgenommen.

Dabei wird insbesondere in Abhängigkeit des maximalen Radschlupfes in der vorhergegangen instabilen Phase die Bremsmomentanforderung (ForceRequest) in der nachfolgenden Bremsphase verringert.

Im Verfahren nach der Erfindung ist wird bevorzugt das Rad mit dem größten Radschlupf in den jeweiligen instabilen Phasen zur Bestimmung der Höhe der Bremsmomentanforderung analog dem an sich bekannten Prinzip des "Select-Low" bei ABS-Betriebsbremsen herangezogen.

Es ist zweckmäßig, dass dabei betrachtet wird, ob der Radschlupf (SlipPH2max) eine bestimmten Schlupfschwelle (SlipThr) an einem Rad überschreitet. Hierdurch lässt sich vorteilhaft die Spannkraftanforderung für die nächste Bremsphase verringern. Die dabei anzuwendende Schlupfschwelle SlipThr beträgt insbesondere etwa 30% bis 50% von 1.

Die Berechnung eines neuen Sollwertes (ForceRequest) erfolgt insbesondere nach folgender Formel:

ForceRequest(n) = ForceRequest(n-1) - Faktor1 (ForceRequest(n-1) * SlipPH2max * -----) Faktor2

Dabei sind die Faktoren Faktor1 und Faktor2 Proportionalitätskonstanten, mit denen fachmännisch eine individuelle Anpassung der Reglung auf die Bedingungen im Fahrzeug (z.B. Auslegung der Feststellbremse) vorgenommen werden kann. Das Verhältnis Faktor1/Faktor2 ist bevorzugt kleiner als 1. Besonders bevorzugt ist der Verhältniswert kleiner als etwa 0,4, beispielsweise etwa 0,33.

Der Index n gibt den aktuell zu berechnenden Wert für den ForceRequest an. Der Index n-1 bezeichnet den bei einer vorhergehenden Berechnung ermittelten Wert.

Nach einer besonders bevorzugten Ausführungsform wird der neue Sollwert ForceRequest(n) für die nächste Bremsphase in der Weise berechnet, dass der Initialisierungswert der Spannkraftanforderung ForceRequest(n-1) der aktuelle Wert des tatsächlichen Bremsmomentes zum Zeitpunkt der Erkennung eine Instabilität des Rades ist. Der Zeitpunkt der Instabilität wird insbesondere durch Betrachtung des Zeitpunkts des Überschreitens einer vorgegebenen Schlupfschwelle bestimmt. Steht ein Wert für das tatsächliche Bremsmoment nicht direkt, also sensorisch gemessen, zur Verfügung, ist es sinnvoll, einen entsprechenden Wert über ein fachmännisch ableitbares physikalisches Modell zu berechnen.

Um Unterbremsungen, also im Verhältnis zum aktuellen Reibwert zu geringe Bremsdrücke, zu vermeiden ist es gemäß dem Verfahren der Erfindung bevorzugt, nach einer bestimmten Zeitdauer, wenn die Räder in der Nähe der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit verbleiben, das Bremsmoment mit einem geringeren Bremsmomentgradienten insbesondere schrittweise zu erhöhen. Diese Zeitdauer ist zweckmäßigerweise so zu wählen, dass die Reaktionstotzeiten des kompletten Systems, elektromotorischer Aktor, Trägheiten der Räder, usw. eine berücksichtigt sind. Das heißt, der Bremsmomentengradient sollte zwar möglichst groß sein, jedoch nicht so groß, dass das

Bremssystem nicht mehr hinreichend auf die Änderung der Spannkraftanforderung reagieren kann.

Das Bremsmoment wird vorzugsweis mit Hilfe der Zuspannkraft oder über Messung des Weges eines bewegten Elementes an einer mechanischen Zuspanneinrichtung gemessen.

Das Verfahren der Erfindung bietet den Vorteil, dass ein Blockieren der Räder bzw. ein Übersteuern der Spannkraft bei einer während der Fahrt betätigten Feststellbremse vermieden werden kann.

Weitere bevorzugte Ausführungsformen ergeben sich aus den Unteransprüchen und der nachfolgenden Beschreibung eines Ausführungsbeispiels an Hand von Figuren.

Es zeigen

- Fig. 1 ein Diagramm zur Erläuterung des erfindungsgemäßen Verfahrens mit einer einfachen Blockierregelung und
- Fig. 2 ein weiteres Diagramm zur Erläuterung eines erfindungsgemäß erweiterten Verfahrens mit einer Blokkierregelung, welche zurückliegende Bremsmomente berücksichtigt.

In den Diagrammen der Figuren 1 und 2 geben die beiden im oberen Bereich der Ordinate verlaufenden Kurven v_1 und v_2 die mit üblichen ABS-Raddrehzahlsensoren gemessenen Radgeschwindigkeiten der Hinterräder an. Die im unteren Teil der Ordinate verlaufende Kurve 1 in den Figuren 1 und 2 gibt die aktuelle Kraft an den Aktuatoren der Feststellbremse an.

Die gestrichelten Linien 2 in den Figuren 1 und 2 geben jeweils einen gespeicherten Wert für den Sollwert des Bremsmoments ForceRequest(n-1) in der aktuellen Bremsphase an.

In Fig. 1 steigt in Bereich A zunächst der Sollwert für das Bremsmoment solange an, bis eine obere Schlupfschwelle 5 SlipPH2max durch die Radgeschwindigkeiten (v_1, v_2) überschritten wird. In Phase B (Release Phase) wird der Sollwert für das Bremsmoment verringert, so dass die Radgeschwindigkeit nach einer gewissen Reaktionszeit des Gesamtsystems wieder ansteigt. Der Sollwert für die nächste Bremsphase wird bestimmt durch Verwendung des aktuell zur Zeit t_1 ermittelten Bremsmoments (Kurve 1). Wenn die untere Schlupfschwelle 6 SlipPH1max dabei unterschritten wird (Zeitpunkt t_3), wird das Bremsmoment durch Verwendung des neuen Sollwerts ForceRequest(n) wieder erhöht.

In Fig. 2 steigt ebenfalls in Bereich A zunächst der Soll-wert für das Bremsmoment solange an, bis eine Schlupfschwelle von 40 % durch die Radgeschwindigkeiten (v₁, v₂) überschritten wird. In diesem Moment wird der Sollwert ForceRequest (Kurve 2, Zeitpunkt t₂) deutlich verringert und der aktuelle Wert des aktuellen Bremsmoments auf Kurve 1 in einem Speicher festgehalten. Nach dem Ansteigen der Radgeschwindigkeiten wird erneut das Bremsmoment erhöht, wobei der neue Sollwert entsprechend der weiter oben angegebenen Formel aus dem Bremsmoment der vorhergehenden Phase (ForceRequest (n-1) und einem Faktor berechnet wird.

Zum Zeitpunkt t_S (gestrichelte Linie 4) wird zur weiteren Erläuterung der Wirkungsweise des Verfahrens ein Reibwert- sprung von einem vergleichsweise niedrigen Reibwert μ_L (z.B. Schnee oder Eis) auf einen höheren Reibwert μ_H (z.B. trockene

Fahrbahn) herbeigeführt. Zur Vermeidung einer Unterbremsung wird nun in Bereich C der Sollwert ForceRequest(n) schritt-weise solange erhöht, bis erneut ein vorgegebener Mindest-schlupf auftritt.

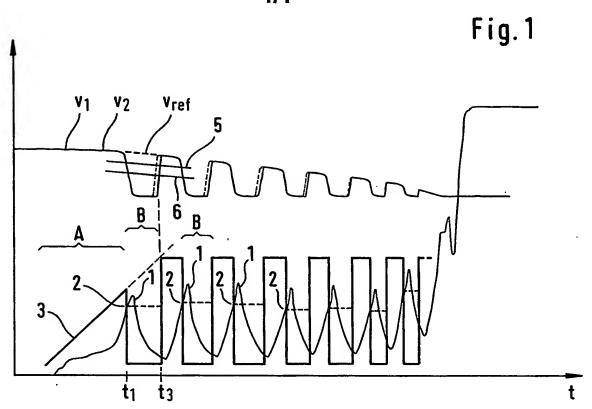
Entsprechend kann zur Vermeidung von Unterbremsungen in einer Bremsmomenthaltephase A´ betrachtet werden, ob der Radschlupf für eine bestimmte Zeit t_0 eine weitere vorgegebene Schlupfschwelle nicht überschritten hat. Ist dies der Fall, wird der Sollwert analog dem Verfahren im vorstehenden Absatz schrittweise erhöht.

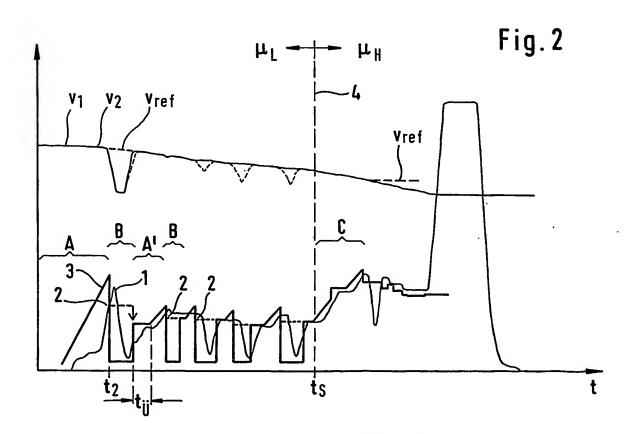
Patentansprüche

- 1. Verfahren zur Betätigung einer elektrisch ansteuerbaren Feststellbremse, dadurch gekennzeichnet, dass bei einer Fahrgeschwindigkeit, welche eine vorgegebene Mindestgeschwindigkeit übersteigt, das Bremsmoment an den abgebremsten Rädern reduziert wird, insbesondere um ein Blockieren der durch die Feststellbremse abgebremsten Räder zu verhindern.
- Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass der Radschlupf zum Ermitteln des reduzierten Bremsmoments betrachtet wird.
- 3. Verfahren nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, dass nach Erkennung eines Radschlupfes oberhalb eines vorgegebenen Schwellenwertes das Bremsmoment verringert wird und nach Erkennung eines Radschlupfes unterhalb eines vorgegebenen Schwellenwertes das Bremsmoment erhöht wird.
- 4. Verfahren nach Anspruch 3, dadurch **gekennzeichnet**, dass zur Berechnung eines neuen Sollwertes für das Bremsmoment der maximale Radschlupf der instabilen Phase (A), in der der Radschlupf um ein bestimmtes Maß unterhalb der Fahrzeuggeschwindigkeit (v_{ref}) liegt, betrachtet wird.
- 5. Verfahren nach mindestens einem der Ansprüche 2 bis 5, dadurch gekennzeichnet, dass der Radschlupf des durch die Feststellbremse abgebremsten Rades betrachtet wird, welches den momentan höchsten Radschlupf aufweist (Select Low).



- 6. Verfahren nach mindestens einem der Ansprüche 2 bis 5, dadurch gekennzeichnet, dass zur Berechnung eines neuen Sollwertes für das Bremsmoment der Sollwert des Bremsmoments der vorangegangenen Berechnung mitberücksichtigt wird.
- 7. Verfahren nach mindestens einem der Ansprüche 2 bis 6, dadurch gekennzeichnet, dass zur Berechnung eines neuen Sollwertes für das Bremsmoment das tatsächliche Bremsmoment (2), welches zum Zeitpunkt des Überschreitens der Schlupfschwelle vorliegt, berücksichtigt wird oder eine über ein Näherungsmodell abgeleitete Größe, die weitestgehend dem aktuellen Bremsmoment (2) entspricht.
- 8. Verfahren nach mindestens einem der Ansprüche 2 bis 7, dadurch gekennzeichnet, dass zur Vermeidung von Unterbremsungen betrachtet wird, ob der Radschlupf für eine bestimmte Zeit to eine weitere vorgegebene Schlupfschwelle nicht überschritten hat.
- 9. Verfahren nach mindestens einem der Ansprüche 1 bis 8, dadurch gekennzeichnet, dass bei einer Unterbremsung das Bremsmoment insbesondere schrittweise erhöht wird.
- 10. Elektrisch ansteuerbare Feststellbremse für Kraftfahrzeuge, welche insbesondere ein weiteres elektronisches
 Betriebsbremssystem mit Blockierschutz umfassen, dadurch
 gekennzeichnet, dass die Feststellbremse eine Einrichtung zur Blockierverhinderung aufweist.
- 11. Bremse nach Anspruch 10, dadurch **gekennzeichnet**, dass die Einrichtung nach einem Verfahren nach mindestens einem der Ansprüche 1 bis 9 arbeitet.





ERSATZBLATT (REGEL 26)



nal Application No PCT/EP 03/13528

A CLASSIFICATION OF SUBJECT MATTER
1PC 7 B60T8/00 B60T13/74 B60T7/10

According to International Patent Classification (IPC) or to both national classification and IPC

B. FIELDS SEARCHED

Minimum documentation searched (classification system followed by classification symbols) $\ensuremath{\text{IPC 7}}$ $\ensuremath{\text{B60T}}$

Documentation searched other than minimum documentation to the extent that such documents are included in the fields searched

Electronic data base consulted during the International search (name of data base and, where practical, search terms used)

EPO-Internal

ENTS CONSIDERED TO BE RELEVANT	
Citation of document, with indication, where appropriate, of the relevant passages	Relevant to claim No.
DE 101 42 584 A (TOYOTA MOTOR CO LTD; AISIN SEIKI (JP)) 28 March 2002 (2002-03-28) column 5, line 41 -column 6, line 46 column 8, line 56 -column 9, line 36	1-3,5, 10,11
FR 2 830 826 A (DELPHI TECH INC) 18 April 2003 (2003-04-18) page 9, line 6 - line 20 page 10, line 29 -page 12, line 19 page 16, line 9 -page 17, line 22; figures 5,6	1-3,8-11
US 2001/023799 A1 (ENGELHARD WILLIBALD) 27 September 2001 (2001-09-27) paragraphs '0010!,'0019!,'0020!,'0022!,'0026!	1-3,10, 11
	DE 101 42 584 A (TOYOTA MOTOR CO LTD; AISIN SEIKI (JP)) 28 March 2002 (2002-03-28) column 5, line 41 -column 6, line 46 column 8, line 56 -column 9, line 36 FR 2 830 826 A (DELPHI TECH INC) 18 April 2003 (2003-04-18) page 9, line 6 - line 20 page 10, line 29 -page 12, line 19 page 16, line 9 -page 17, line 22; figures 5,6 US 2001/023799 A1 (ENGELHARD WILLIBALD) 27 September 2001 (2001-09-27) paragraphs '0010!,'0019!,'0020!,'0022!,'0026!

X Patent family members are listed in annex.				
"T" later document published after the international filing date or priority date and not in conflict with the application but cited to understand the principle or theory underlying the invention "X" document of particular relevance; the claimed invention cannot be considered novel or cannot be considered to involve an inventive step when the document is taken alone "Y" document of particular relevance; the claimed invention cannot be considered to involve an inventive step when the document is combined with one or more other such documents, such combination being obvious to a person skilled in the art. "8" document member of the same patent family				
Date of mailing of the international search report 04/05/2004 Authorized officer Ibáñez Lajo, M				



Interconal Application No
PCT/EP 03/13528

C.(Continua	tion) DOCUMENTS CONSIDERED TO BE RELEVANT	
Category °	Citation of document, with Indication, where appropriate, of the relevant passages	Relevant to claim No.
X	US 2002/113488 A1 (HARRIS ALAN LESLIE) 22 August 2002 (2002-08-22) paragraph '0031!	1-3,10
X	EP 0 976 634 A (DAIMLER CHRYSLER AG) 2 February 2000 (2000-02-02) paragraphs '0012!,'0016!,'0022!,'0026!	1,10,11
X	DE 199 42 533 A (DAIMLER CHRYSLER AG) 30 November 2000 (2000-11-30) column 1, line 45 - line 49 column 3, line 2 - line 19	10
	·	



Intertacional Application No
PCT/EP 03/13528

Information on patent family members

Patent document cited in search report		 Publication date 		Patent family member(s)	Publication date
DE 10142584	Α	28-03-2002	JP DE US	2002067916 A 10142584 A1 2002027386 A1	08-03-2002 28-03-2002 07-03-2002
FR 2830826	Α	18-04-2003	FR	2830826 A1	18-04-2003
US 2001023799	A1	27-09-2001	DE	10006656 C1	07-06-2001
US 2002113488	A1	22-08-2002	GB AU EP WO	2349676 A 3565100 A 1175320 A1 0068053 A1	08-11-2000 21-11-2000 30-01-2002 16-11-2000
EP 0976634	A	02-02-2000	DE DE EP JP	19834129 C1 59907160 D1 0976634 A2 2000085568 A	13-04-2000 06-11-2003 02-02-2000 28-03-2000
DE 19942533	Α	30-11-2000	DE	19942533 A1	30-11-2000



Interior nates Aktenzeichen
PCT/EP 03/13528

A. KLASSIFIZIERUNG DES ANMELDUNGSGEGENSTANDES IPK 7 B60T8/00 B60T13/74 B60T7/10 Nach der Internationalen Patentidassifikation (IPK) oder nach der nationalen Klassifikation und der IPK B. RECHERCHIERTE GEBIETE Recherchierter Mindestprüfstoff (Klassifikationssystem und Klassifikationssymbole) IPK 7 **B60T** Recherchierte aber nicht zum Mindestprüfstoff gehörende Veröffentlichungen, soweit diese unter die recherchierten Gebiete fallen Während der Internationalen Recherche konsultierte elektronische Datenbank (Name der Datenbank und evtl. verwendete Suchbegriffe) EPO-Internal C. ALS WESENTLICH ANGESEHENE UNTERLAGEN Bezeichnung der Veröffentlichung, soweit erforderlich unter Angabe der in Betracht kommenden Teile Betr. Anspruch Nr. Kategorie* 1-3,5, X DE 101 42 584 A (TOYOTA MOTOR CO LTD 10.11 ;AISIN SEIKI (JP)) 28. März 2002 (2002-03-28) Spalte 5, Zeile 41 -Spalte 6, Zeile 46 Spalte 8, Zeile 56 -Spalte 9, Zeile 36 1-3,8-11 FR 2 830 826 A (DELPHI TECH INC) X,P 18. April 2003 (2003-04-18) Seite 9, Zeile 6 - Zeile 20 Seite 10, Zeile 29 -Seite 12, Zeile 19 Seite 16, Zeile 9 -Seite 17, Zeile 22; Abbildungen 5,6 US 2001/023799 A1 (ENGELHARD WILLIBALD) 1-3,10, X 27. September 2001 (2001-09-27) Absätze '0010!, '0019!, '0020!, '0022!, '0026! Siehe Anhang Patentfamille Weitere Veröffentlichungen sind der Fortsetzung von Feld C zu X entnehmen "T" Spätere Veröffentlichung, die nach dem internationalen Anmeldedatum oder dem Prioritätsdatum veröffentlicht worden ist und mit der Anmeldung nicht kollidiert, sondern nur zum Verständnis des der Erfindung zugrundellegenden Prinzips oder der ihr zugrundellegenden Theorie angegeben ist
"X" Veröffentlichung von besonderer Bedeutung; die beanspruchte Erfindung kann allein aufgrund dieser Veröffentlichung nicht als neu oder auf erfinderischer T\u00e4tigkeit beruhend betrachtet werden * Besondere Kategorien von angegebenen Veröffentlichungen "A" Veröffentlichung, die den allgemeinen Stand der Technik definiert, aber nicht als besonders bedeutsam anzusehen ist "E" äfteres Dokument, das jedoch erst am oder nach dem internationalen Anmeldedatum veröffentlicht worden ist "L" Veröffentlichung, die geeignet ist, einen Prioritätsanspruch zwelfelhaft erscheinen zu lassen, oder durch die das Veröffentlichungsdatum einer anderen im Recherchenbericht genannten Veröffentlichung belegt werden "y soll oder die aus einem anderen besonderen Grund angegeben ist (wie Veröffentlichung von besonderer Bedeutung; die beanspruchte Effindung kann nicht als auf erfinderischer Tätigkeit beruhend betrachtet werden, wenn die Veröffentlichung mit einer oder mehreren anderen Veröffentlichungen dieser Kategorie in Verbindung gebracht wird und diese Verbindung für einen Fachmann naheliegend ist ausgeführt) "O" Veröffentlichung, die sich auf eine mündliche Offenbarung, eine Benutzung, eine Ausstellung oder andere Maßnahmen bezieht "P" Veröffentlichung, die vor dem Internationalen Anmeldedatum, aber nach dem beanspruchten Prioritätsdatum veröffentlicht worden ist "&" Veröffentlichung, die Mitglied derselben Patentfamille ist Absendedatum des Internationalen Recherchenberichts Datum des Abschlusses der internationalen Recherche 04/05/2004 21. April 2004 Name und Postanschrift der Internationalen Recherchenbehörde Bevollmächtigter Bediensteter Europäisches Patentamt, P.B. 5818 Patentlaan 2 NL - 2280 HV Rijswijk Tel. (+31-70) 340-2040, Tx. 31 651 epo nl, Fax: (+31-70) 340-3016 Ibáñez Lajo, M



Interconales Aktenzeichen
PCT/EP 03/13528

	FUI	/EP 03/13528
C.(Fortsetz	ung) ALS WESENTLICH ANGESEHENE UNTERLAGEN	
Kategorie°	Bezeichnung der Veröffentlichung, soweit erforderlich unter Angabe der in Betracht kommenden T	elle Betr. Anspruch Nr.
Х	US 2002/113488 A1 (HARRIS ALAN LESLIE) 22. August 2002 (2002-08-22) Absatz '0031!	1-3,10
X	EP 0 976 634 A (DAIMLER CHRYSLER AG) 2. Februar 2000 (2000-02-02) Absätze '0012!,'0016!,'0022!,'0026!	1,10,11
X	DE 199 42 533 A (DAIMLER CHRYSLER AG) 30. November 2000 (2000-11-30) Spalte 1, Zeile 45 - Zeile 49 Spalte 3, Zeile 2 - Zeile 19	

Interior nales Aktenzeichen
PCT/EP 03/13528

	echerchenbericht rtes Patentdokumen		Datum der Veröffentlichung		Mitglied(er) der Patentfamilie		Datum der Veröffentlichung	
DE	10142584	Α	28-03-2002	JP DE US	2002067916 10142584 2002027386	A1	08-03-2002 28-03-2002 07-03-2002	
FR	2830826	Α	18-04-2003	FR	2830826	A1	18-04-2003	
US	2001023799	A1	27-09-2001	DE	10006656	C1	07-06-2001	
US	2002113488	A1	22-08-2002	GB AU EP WO	2349676 3565100 1175320 0068053	A A1	08-11-2000 21-11-2000 30-01-2002 16-11-2000	
EP	0976634	A	02-02-2000	DE DE EP JP	19834129 59907160 0976634 2000085568	D1 A2	13-04-2000 06-11-2003 02-02-2000 28-03-2000	
DE	19942533	Α	30-11-2000	DE	19942533	A1	30-11-2000	